

Stand: 14.02.2026 01:29:14

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/6928

"Deindustrialisierung verhindern: Deswegen Nein zu Strompreiszonen - Jetzt handeln statt nur schimpfen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/6928 vom 04.06.2025
2. Beschluss des Plenums 19/6998 vom 05.06.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 52 vom 05.06.2025



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Holger Gießhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Ruth Müller, Florian von Brunn, Sabine Gross, Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und Fraktion (SPD)

Deindustrialisierung verhindern:

Deswegen Nein zu Strompreiszonen – Jetzt handeln statt nur schimpfen!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag lehnt die Einführung von Strompreiszonen in Deutschland ab. Er unterstützt die Staatsregierung in ihrer Haltung, sich auf Bundes- und EU-Ebene entschieden gegen eine Aufspaltung der einheitlichen Strompreiszone einzusetzen.

Darüber hinaus wird die Staatsregierung aufgefordert, alles Notwendige zu unternehmen, um Strompreiszonen dauerhaft überflüssig zu machen.

Dazu gehört insbesondere, den Ausbau der erforderlichen Übertragungs- und Verteilnetze, netzdienlicher Stromspeicher, Windkraftanlagen sowie steuerbarer, netzdienlicher Kraftwerke im Freistaat bestmöglich zu fördern und deutlich zu beschleunigen sowie sich dafür auf Bundesebene mit Nachdruck einzusetzen.

Begründung:

Am 28. April 2025 haben die europäischen Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) im Auftrag der EU-Regulierungsagentur ACER den sogenannten Bidding Zone Review (BZR) abgeschlossen. Darin wird unter anderem die Aufteilung der deutsch-luxemburgischen Stromgebotszone in mehrere Preiszonen untersucht.

Die vier deutschen ÜNB warnen jedoch eindringlich vor einer solchen Zerschneidung des Strommarkts. Die in der Studie berechneten Wohlfahrtsgewinne betragen weniger als 1 Prozent der gesamten Stromsystemkosten – ein marginaler Nutzen angesichts erheblicher Risiken: Umstellungskosten in Milliardenhöhe, steigende regionale Strompreise, sinkende Investitionssicherheit und die Gefahr einer Deindustrialisierung insbesondere in Süddeutschland.

Hinzu kommt: Die Analyse beruht auf veralteten Daten aus dem Jahr 2019 und berücksichtigt weder den Netzausbau – insbesondere bei den HGÜ-Leitungen (HGÜ = Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung) – noch den dynamischen Zubau erneuerbarer Energien. Eine Umsetzung neuer Preiszonen würde frühestens 2030 erfolgen – zu einem Zeitpunkt, an dem sich das Stromsystem bereits grundlegend verändert haben wird.

Auch aus Sicht der Netzstabilität und Versorgungssicherheit wären andere Maßnahmen wesentlich wirkungsvoller als eine geografische Marktsegmentierung – etwa der gezielte Ausbau netzdienlicher Speicher, steuerbarer Kraftwerkskapazitäten und ein leistungsfähiger Kapazitätsmarkt mit regionaler Komponente.

Gerade mit Blick auf die drohenden Folgen einer Preiszonen-Aufspaltung wird deutlich: Bayern muss seinen Beitrag zur Netz- und Systemstabilität jetzt deutlich erhöhen. Regionale Netzengpässe lassen sich nicht durch Debatten, sondern nur durch entschlossenes Handeln und gezielte Investitionen vor Ort beseitigen.

Konkret bedeutet das,

- den Ausbau der Übertragungs- und Verteilnetze energisch voranzutreiben, damit Strom aus erneuerbaren Quellen zuverlässig transportiert werden kann,
- den Zubau von Windkraftanlagen, insbesondere in Oberbayern und Niederbayern, gezielt zu beschleunigen,
- die gemeinsame Nutzung von Netzanschlüssen durch Windenergie und Photovoltaik voranzutreiben,
- schnellen und netzdienlichen Aufbau von Stromspeichern umfassend voranzubringen, um Erzeugungsschwankungen besser auszugleichen,
- die bessere Steuerungs-Nutzung bestehender Kraftwerke,
- soweit nötig, den gezielten Neubau regelbarer Kraftwerke an systemrelevanten Standorten im Land.

Diese Maßnahmen stärken die Versorgungssicherheit, machen Bayern unabhängiger von Stromimporten und sind die wirksamste politische Antwort auf den Versuch, Strompreiszonen einzuführen – mit strukturellen Nachteilen für die bayerische Industrie.

Die Staatsregierung ist daher aufgefordert, bestehende Hürden im Planungs- und Genehmigungsrecht – ebenso wie in der praktischen Umsetzung – konsequent abzubauen, Förderinstrumente weiterzuentwickeln und vor allem rasch eine konkrete Strategie vorzulegen, um die Energiewende, den Netz- und Speicherausbau im Freistaat entschlossen und systemstabilisierend voranzubringen sowie sich auf Bundesebene mit Nachdruck dafür einzusetzen.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Holger Griebhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Ruth Müller, Florian von Brunn, Sabine Gross, Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 19/6928

Deindustrialisierung verhindern:

Deswegen Nein zu Strompreiszonen – Jetzt handeln statt nur schimpfen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Ludwig Hartmann

IV. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Kerstin Schreyer

Abg. Gerd Mannes

Abg. Florian von Brunn

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Michael Hofmann

Abg. Josef Lausch

Staatssekretär Tobias Gotthardt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich nun auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU),

Florian Streibl, Felix Locke, Josef Lausch u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drohende Benachteiligung Bayerns verhindern: Keine Aufteilung Deutschlands in mehrere Strompreiszonen! ([Drs. 19/6924](#))

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Griebhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn u. a. und Fraktion (SPD)

Deindustrialisierung verhindern: Deswegen Nein zu Strompreiszonen - Jetzt handeln statt nur schimpfen! ([Drs. 19/6928](#))

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)

Ursachen- statt Symptombekämpfung: Strompreiszonen verhindern, strukturelle Fehlentwicklungen im Energiesystem beheben ([Drs. 19/6991](#))

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Strompreiszonen vorbeugen - Windenergie und Stromnetzausbau in Bayern endlich voranbringen ([Drs. 19/6994](#))

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile der Kollegin Kerstin Schreyer für die CSU-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Kerstin Schreyer (CSU): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Ampel-Chaos hat uns in Bayern drei Jahre lang systematisch benachteiligt. Schauen wir uns den Länderfinanzausgleich an: Bayern musste allein 2024 über 50 % des Gesamtvolumens von 18,65 Milliarden Euro einzahlen. Der Ausbau des Wasserstoffnetzes, ideologische Benachteiligung der Heimatenergien – ich könnte diese Liste beliebig lang fortsetzen. Zum Glück ist die Ampel Geschichte. Bayern sitzt wieder am Kabinetttisch in Berlin, und jetzt werden endlich wieder Entscheidungen gefällt, die für Deutschland und für Bayern gut sind.

Kaum ist die Benachteiligung durch die Ampel Geschichte, kommt ein neues Ungemach. Der Verband Europäischer Übertragungsnetzbetreiber hat, aufgefordert durch die EU, einen Bericht veröffentlicht, in dem es heißt, Deutschland solle in fünf Strompreiszonen aufgeteilt werden. Diese neue Konfiguration des Marktes brächte laut der Untersuchung jedes Jahr Marktwohlstand – allein das Wort ist schon nett – in Höhe von 339 Millionen Euro. Jetzt kommt es aber: Diese Umstellung würde Kosten in Höhe von 2,4 Milliarden Euro künstlich erzeugen. Das bedeutet, dieser Antrag wäre allein schon abzulehnen, wenn man diese Summen einander gegenüberstellt.

Es geht aber weiter: Bei den kleinen Strompreiszonen würde es immer häufiger zu Engpässen führen. – Das klingt erst einmal ganz nett. Wenn man aber betroffen ist, ist das gar nicht nett. Das Entscheidende ist ja, die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Das muss für uns alle miteinander an erster Stelle stehen.

Die Industrie und die Haushalte in Süddeutschland würden mit höheren Strompreisen belegt. Wir wissen alle, dass wir im Vergleich zu Europa schon sehr, sehr hohe Strompreise haben. Wenn wir uns dann vorstellen, dass diese noch höher werden, wird klar: Das hätte auf viele Industrien, aber auch auf den Mittelstand riesige Auswirkungen. Denken Sie einfach bei der Industrie an die chemische Industrie, die Papierindustrie, die Glasindustrie, beim Mittelstand zum Beispiel an die Bäckereien. Das wäre für viele der Todesstoß. Insofern ist klar, dass wir dem natürlich niemals, niemals zustimmen können.

Maßnahmen müssen doch Ausbau der Strominfrastruktur und Absicherung der Netzstabilität heißen. Ab 2027 werden der SuedOstLink und ein Jahr später der Sued-Link dafür sorgen, dass Überkapazitäten beim Strom in Nord- und Ostdeutschland nach Bayern transportiert werden können. Ein ideologisch motivierter Rückschritt in Strompreisprovinzen konterkariert den Ausbau. Das würde die Investitionen und die Planbarkeit infrage stellen, und es würde auch den Netzausbau beeinträchtigen. Nicht zuletzt lehnen auch die deutschen Übertragungsnetzbetreiber und der Präsident der Bundesnetzagentur den Vorschlag ab, weil er eben am Ende des Tages nichts außer Nachteilen bringt.

Die Empfehlung dieses Verbandes ist insofern kurzfristig. Deswegen ist es heute auch wirklich wichtig, dem Dringlichkeitsantrag von CSU und den FREIEN WÄHLERN hier konsequent zuzustimmen. Es muss klar sein, dass wir in Deutschland einheitliche Strompreiszonen brauchen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich möchte gerne noch auf die Zahlen, die ich gerade genannt habe, zurückkommen. Beim Länderfinanzausgleich 2024 haben wir rund 18,65 Milliarden Euro aus Bayern einbezahlt. Dann ist es, wenn man diskutiert, wo wir uns in Bayern an einer Stelle schwerer tun, schon ein starkes Stück zu sagen: Na ja, da ist die Solidarität weg.

(Michael Hofmann (CSU): Richtig! Genau, genau! – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

Stattdessen gilt die Solidarität nur dann, wenn Bayern benachteiligt wird.

(Beifall bei der CSU)

Die Nachzieher lehnen wir selbstverständlich ab, und das aus tiefer Überzeugung. Der AfD-Antrag ist erstens rückwärtsgewandt, und zweitens glaube ich: Wenn jemand den Klimawandel sowieso leugnet, braucht man an der Stelle auch nicht weiter darauf einzugehen.

Zur Forderung der GRÜNEN, dass man in Windkraft investieren soll, sage ich, mit Verlaub: All das, was Sie da fordern, tun wir schon längst. Der Punkt ist aber, dass wir nicht nur die Windkraft, sondern alle Energieformen sehen.

Der Antrag der SPD ist insofern spannend – das wissen Sie aber auch –, als die Stromnetze sehr komplex sind. Es geht darum, dass es beim Bau von Anlagen und Speichern – was wir alle miteinander wollen – natürlich nicht sein kann, dass man nur baut, sondern die Netzstabilität muss garantiert sein. Sonst haben wir an der Stelle nichts gewonnen. Insofern bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag. Ich glaube, es braucht ein deutliches, am besten einstimmiges Zeichen hier aus dem Hohen Haus.

(Beifall bei der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Mir liegt eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Mannes für die AfD-Fraktion vor. Bitte schön.

Gerd Mannes (AfD): Frau Schreyer, es ist sehr löblich, dass Sie sich gegen dieses EU-Diktat stemmen wollen; aber Sie haben gerade gesagt: Die AfD leugnet den Klimawandel. – Wissen Sie was? Die CSU und die FREIEN WÄHLER leugnen mit Ihrem Antrag die Zusammenhänge der Physik und der Ökonomie, nichts anderes.

(Widerspruch)

– Doch.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Mein Gott! – Michael Hofmann (CSU): Sie sind schlauer!)

Ich frage Sie jetzt einmal etwas: War es denn nicht einerseits ein Fehler, die Kernkraft in Bayern abzustellen, die nicht vom Wetter abhängig ist, und dafür auf Windkraft zu setzen? Und andererseits wissen Sie genau: Der Wind bläst doch im Norden viel mehr als im Süden. Das führt nun einmal zu teureren Gestehungskosten. Das ist doch logisch.

Sie haben in Ihren Ausführungen jetzt auch eines vergessen: die enormen Kosten für den ganzen Netzausbau. Das kommt natürlich noch dazu; trotzdem ist noch einmal die Frage:

(Zuruf)

Glauben Sie wirklich, dass das, was Sie hier in Ihrem Antrag vorschlagen, –

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist um.

Gerd Mannes (AfD): – etwas mit Marktwirtschaft zu tun hat.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bitte schön.

Kerstin Schreyer (CSU): Sehr geehrter Herr Mannes, ich fühle mich gerade ein bisschen zurückversetzt. Ich glaube, die Debatte führen wir jetzt seit fünf Jahren. Das ist immer das Gleiche; aber bei Ihnen merke ich auch keine Weiterentwicklung der Situation. Natürlich war es schwierig, dass man, als die drei Atomkraftwerke in Bayern noch am Netz waren, deren Laufzeit nicht vorübergehend verlängert hat. Der Ausstieg vorher hatte andere Voraussetzungen: Da war Putin noch nicht in der Ukraine eingefallen, da konnten wir uns mit dem Gas aus Russland durchaus organisieren.

(Zuruf der Abgeordneten Elena Roon (AfD))

– Das ist eine völlig andere Situation. Sie vergleichen Äpfel mit Birnen, und ich kann Ihnen nur ehrlich sagen: Da merkt man, wie rückwärtsgewandt Sie sind. Wir müssen mit der aktuellen Situation Politik machen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Die Kosten des Netzausbaus – Entschuldigung – können wir doch gar nicht verhandeln. Wir brauchen die Netze, wir brauchen den Strom, wir brauchen eine Zuverlässigkeit. Die sind wir der Wirtschaft und der Bevölkerung schuldig. Wir brauchen keine

Debatte darüber, ob man vielleicht vor 15 Jahren mit dem Wissen von heute irgendetwas hätte anders lösen können. Dieser Zusammenhang ist völlig unsinnig.

(Beifall bei der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Als nächstem Redner erteile ich dem Kollegen Florian von Brunn für die SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, verehrte Damen und Herren! Ende April haben die Übertragungsnetzbetreiber ihren Bericht zu Strompreiszonen in Europa auf Veranlassung der Europäischen Union vorgelegt. Sie haben das untersucht und kamen zu dem Ergebnis, man könnte das deutsch-luxemburgische Stromnetz in bis zu vier Strompreiszonen aufteilen; gleichzeitig haben die Übertragungsnetzbetreiber aber genau davor gewarnt.

Zum einen – und das ist, finde ich, schon ein ziemlich überzeugendes Argument – beruht ihre Analyse, die sie für die EU machen mussten, auf Daten von 2019. Das ist auch eine Vorgabe der EU. Diese Datenlage berücksichtigt natürlich nicht, dass in der nächsten Zeit HGÜ-Stromleitungen fertig werden, die wir dringend brauchen, dass wir einen großen Zubau an Windkraft, an erneuerbaren Energien hatten, auch, dass wir einen Zubau an Speichern haben werden. Dann soll auf der Basis dieser veralteten Daten von 2019 das Ganze erst 2030 umgesetzt werden, also zu einem Zeitpunkt, wo man wirklich nicht mehr davon sprechen kann, dass die Maßnahmen dann noch zeitgemäß wären, und wo sich die Situation hoffentlich schon dramatisch verbessert hat.

Zum anderen muss man fragen: Was bringt es? – Selbst, wenn man das jetzt gleich machen würde, brächte es minimale kleine Wohlfahrtsgewinne von maximal 1 % der Gesamtstromkosten, aber das beinhaltet extrem hohe Risiken, nämlich Umstellungskosten in Milliardenhöhe, steigende Strompreise insbesondere in Süddeutschland, auch in Bayern, und damit verbunden – die Kollegin Schreyer hat es gerade gesagt – die Gefahr, dass es hier mit der Wirtschaft, mit der Industrie bergab geht. Jetzt muss

man allerdings – wir werden dem Antrag der CSU zustimmen – die Frage stellen: Was sind die Ursachen? – Das ist nicht das, was die Ampel-Regierung gemacht hat. Die Ampel-Regierung hat den Ausbau der erneuerbaren Energien massiv beschleunigt. Wir sind inzwischen bei weit über 60 % Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien.

Verehrte Damen und Herren von der CSU, Ihre Kritik richtet sich doch zuerst einmal an Sie selbst und natürlich an die FREIEN WÄHLER: Wer war es denn, der zuerst die Stromleitungen blockiert hat? – Ich erinnere an die Äußerungen von Hubert Aiwanger, der von Monstertrassen gesprochen hat, und Horst Seehofer als bayerischer Ministerpräsident wollte unbedingt die Erdverkabelung, die achtmal so teuer ist und jetzt fünfmal so lange dauert. Da wäre etwas Selbstkritik angezeigt.

Das gilt übrigens auch beim Ausbau der Windkraft. Markus Söder und Horst Seehofer waren doch diejenigen, die den Ausbau der Windkraft mit ihrer Windkraftblockade in Bayern verzögert und damit auch das Problem geschaffen haben, dass wir einseitig von der Solarenergie abhängig sind. Aber was macht man, wenn die Sonne nicht scheint? – Insofern richtet sich Ihre Kritik auch gegen Sie selbst; aber wir werden trotzdem zustimmen, weil es in der Sache richtig ist.

Aber wichtig ist doch jetzt auch, dass wir die Fehler nicht wiederholen. Deswegen müssen wir aus unserer Sicht alles dafür tun, dass der Netzausbau beschleunigt wird, dass wir das fortführen, was die Ampel-Regierung gut auf den Weg gebracht hat, nämlich die Beschleunigung des Windkraftausbaus, dass wir diesen in Bayern fortsetzen und ihn nicht torpedieren. Auch das hat die Ampel-Regierung gemacht, im Gegensatz zu dem, was gerade gesagt worden ist. Wir müssen endlich auch beim Ausbau der Stromspeicher weiterkommen. Es kann doch nicht sein, dass im Bayerischen Wirtschafts- oder im Umweltministerium die Pumpspeicher-Analyse seit fast zehn Jahren in der Schublade liegt und in Bayern nichts passiert. Da müssen Sie doch einmal vor Ihrer eigenen Haustüre kehren.

(Beifall bei der SPD)

Also haben wir keine Strompreiszonen, müssen aber jetzt alles dafür tun, dass wir sie auch nicht brauchen. Wir werden den Anträgen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN zustimmen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Oh, der Herr Mannes.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Mir liegt noch eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Abgeordneten Gerd Mannes für die AfD-Fraktion vor. Bitte schön.

Gerd Mannes (AfD): Herr von Brunn, ich wollte Sie loben, dass Sie sich auch hier und heute gegen dieses EU-Diktat stemmen. Natürlich sind Strompreiszonen eine schlechte Idee; aber Sie haben von Deindustrialisierung gesprochen. Da habe ich eine Nachfrage: Stört es Sie nicht, dass der Strom, wenn wir von hier über die Grenze nach Polen oder nach Tschechien fahren, dort viel günstiger ist? – Denn das deindustrialisiert uns in Zukunft auch. Sollten wir denn nicht die Stromkosten in Deutschland deutlich senken? – Sie waren auf Bundesebene lange an der Regierung und haben dafür gesorgt, dass die Stromkosten in Deutschland regelrecht explodiert sind. Also frage ich in dem Zusammenhang: Wie schaffen wir es, die Deindustrialisierung zu verhindern, wenn unsere Nachbarländer deutlich günstiger Strom zur Verfügung stellen, als wir das in unserer Volkswirtschaft tun?

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bitte schön.

Florian von Brunn (SPD): Ich sehe kein EU-Diktat. Für Diktate sind Ihre Freunde in Russland und China zuständig, würde ich sagen, mit denen AfD-Abgeordnete enge Verbindungen pflegen und von denen sie auch Geld bekommen.

(Widerspruch und Unruhe bei der AfD)

– Regen Sie sich nicht auf; aber es sind gerade zwei Verfahren gegen Abgeordnetenkollegen der AfD eröffnet worden. Ich sehe also keine Diktate, aber ja: Wir müssen die Strompreise senken. Genau das steht im Koalitionsvertrag. Das werden wir machen. Wir werden insbesondere auch die Stromsteuer auf ein europäisches Mindestniveau senken und dadurch dazu beitragen – auch durch den Ausbau erneuerbarer Energien –, dass die Strompreise in Deutschland sinken. Das ist dann gut für die Verbraucher und für die Wirtschaft. Das brauchen Sie hier nicht zu beklagen und zu bejammern, weil wir das machen, und wir machen es auf sinnvollere Art und Weise, als Ihre Vorschläge es je könnten. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Als nächstem Redner erteile ich dem Abgeordneten Gerd Mannes für die AfD-Fraktion das Wort. Bitte schön

(Beifall bei der AfD)

Gerd Mannes (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Frau Schreyer, Herr von Brunn, Sie sind mit Ihrer Energiewende gescheitert. Das sollten Sie sich wirklich einmal eingestehen. Niemand hat Sie gezwungen, unsere Kernkraftwerke zu verschrotten. Stattdessen haben Sie sich bei der Energieversorgung vom Wetter abhängig gemacht. Es hat Sie auch niemand dazu gezwungen, teuren Strom zu importieren. Diese idiotische Energiepolitik haben Sie sich selber ausgedacht und Deutschland damit großen Schaden zugefügt.

(Martin Stümpfig (GRÜNE): Sie haben überhaupt keine Ahnung!)

13 Millionen Euro wollen Sie in Zukunft für den Umbau des Energiesystems ausgeben. Damit finanzieren Sie einige Absurditäten, aber keine stabile Stromversorgung. Wir haben heute ungefähr 160 Gigawatt installierte Leistung von Photovoltaik und Windenergie. Sie bezahlen in der Hellkrise Subventionen für nicht erzeugten Strom. Das ist doch dumm. In der Dunkelflaute brauchen wir dann teure Redispatchmaßnahmen

für 3 Milliarden Euro jährlich. Sie verschenken permanent überschüssigen Strom ins Ausland und kaufen ihn dann später teuer zurück. Diese negativen Strompreise kosten mittlerweile 17 Milliarden Euro im Jahr. Wer ein Windrad an einem besonders unwirtschaftlichen Standort baut, erhält höhere Einspeisevergütungen. Das hat doch wirklich nichts mit Marktwirtschaft zu tun.

Um es noch einmal ganz klar zu sagen: Auf dieser Grundlage, die Sie für unsere Energieversorgung legen wollen, kann eine Industrienation nicht wettbewerbsfähig mit Energie versorgt werden. Das geht nicht. Fakt ist: Zwanzig Jahre Planwirtschaft haben ein energiepolitisches Trümmerfeld hinterlassen. Das waren nicht die fünf Jahre der Änderungsanträge. Wir müssen zu marktwirtschaftlichen Prinzipien zurückkehren, das wissen Sie genauso gut wie ich.

Die zuständige EU-Agentur hat jetzt angekündigt, Deutschland in fünf Strompreiszonen aufteilen zu wollen. Die CSU, die FREIEN WÄHLER und auch die SPD stellen sich heute ausnahmsweise gegen dieses EU-Diktat. Frau Schreyer, hätten Sie in den letzten fünf Jahren auf uns gehört, wären wir jetzt nicht rückwärtsgewandt, sondern wir müssten gar nicht über diese Eingriffe in den Energiemarkt sprechen.

(Beifall bei der AfD)

Diese Strompreiszonen sind laut EU notwendig, weil sich durch die Energiewende die Erzeugungsstruktur geändert habe. Sie wurde aber nicht nur geändert, sie wurde vielmehr von Ihnen massiv verschlechtert, wenn nicht gar zerstört. Wir müssen deshalb die Energiewende sofort beerdigen; denn sonst sind Preiszonen unser kleineres Problem. Unsere Nachbarstaaten erzeugen wesentlich günstiger Strom. Das muss Ihnen doch einmal zu denken geben.

Klar ist, Strompreiszonen führen in Bayern zu steigenden Preisen für die bayerische Wirtschaft und die bayerischen Verbraucher. Diese Benachteiligung lehnt die AfD-Fraktion natürlich ab. Wir stimmen dem Antrag der CSU und der FREIEN WÄHLER gegen die Übergriffigkeit der EU zu. Frau Schreyer, ich muss Sie korrigieren: Sie

jammern nur. Deshalb haben wir einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, mit dem wir langfristige Lösungen für eine wirtschaftliche Energieversorgung erreichen wollen. Wir müssen die Erzeugung wieder nach dem echten Bedarf ausrichten und nicht nach der unwirtschaftlichen Vermeidung von CO₂. Es gibt keine CO₂-freie Volkswirtschaft.

Den Dringlichkeitsantrag der SPD lehnen wir ab. Herr von Brunn, das Aufstellen von ein paar Windrädchen im windschwachen Bayern stellt keine Lösung dar. Das wird nichts. Den Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN lehnen wir auch ab; denn er hat keine Substanz und keinen Mehrwert. Stimmen Sie unserem Dringlichkeitsantrag zu, dann geht es mit der Energieversorgung in Deutschland wieder aufwärts.

(Beifall bei der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Als Nächstem erteile ich Herrn Kollegen Martin Stümpfig von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die CSU und die FREIEN WÄHLER haben heute einen maximal inhaltsleeren Dringlichkeitsantrag gestellt. Die CSU ist inzwischen in Berlin mit an der Regierung, aber sie fordert den Bund auf, etwas zu tun. Die CSU ist im EU-Parlament breit vertreten. Auch hier fordern Sie, etwas zu tun. Und dann hat Frau Kollegin Schreyer nicht einmal einige Punkte aufzählen können, was wir in Bayern dafür tun könnten, damit diese Strompreiszonen nicht kommen. Das Problem, dass die Betreiber der europäischen Übertragungsnetze zu dem Schluss kamen, dass dieses Ungleichgewicht beseitigt werden muss, ist zu einem großen Anteil von Bayern verursacht worden.

(Michael Hofmann (CSU): In den letzten sechzig Jahren haben wir darüber nie eine inhaltliche Diskussion geführt! Wir haben Strom produziert!)

– Im Jahr 2014 haben Sie von der CSU und den FREIEN WÄHLERN massiv gegen die Leitungen gewettert. Die "Monstertrassen" sollten verhindert werden. Frau Schrey-

er, Sie haben den SuedLink und den SuedOstLink angesprochen. Diese Leitungen könnten seit Langem bestehen und dieses Ungleichgewicht deutlich verringern. Dann wären wir heute in einer ganz anderen Situation. Wir wären auch in einer anderen Situation, wenn Bayern nicht einseitig auf den Ausbau der Photovoltaik setzen würde.

(Michael Hofmann (CSU): Sie tun gerade so, als würden die Leitungen an den Grenzen Bayerns enden!)

– Herr Hofmann, Sie können gerne eine Intervention machen, aber Sie sollten nicht pausenlos dazwischenreden. – In den Jahren 2023 und 2024 entfielen 99 % des Ausbaus an erneuerbaren Energien in Bayern auf die Photovoltaik. Im letzten Jahr wurden neun Windräder errichtet, heuer sind es gerade einmal vier Stück. Sie setzen also einseitig auf eine Technologie, die uns im Winter gar nichts bringt und die enorme Winterstromlücke nur vergrößert. Hinzu kommt, dass wir im letzten Jahr in Bayern einen Importbedarf von 20 Terawattstunden hatten. Bayern muss knapp ein Viertel seines Stroms importieren. Nur zum Vergleich: In Deutschland beläuft sich der importierte Strom auf 28 Terawattstunden. Bayern ist also das Sorgen- und Problemkind Deutschlands bezüglich des Ungleichgewichts im Strommarkt. Und Sie sagen: Ungleichbehandlung von Bayern, macht doch etwas in Berlin und in Brüssel dagegen. – So einfach geht es nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sagen Ihnen ganz klar, was zu tun ist: Wir brauchen einen Ausbau der Netze, also der Verteilnetze und der Übertragungsnetze. Hier müssen wir mit einer Stimme sprechen. Hier besteht immer noch Larifari. Wir brauchen einen beschleunigten Ausbau der Windkraft. Die 18 regionalen Planungsverbände müssen dafür schneller Flächen ausweisen.

Damit komme ich zu einem wichtigen Punkt, dem Referenzertragsmodell. Das sagt vielleicht dem einen oder anderen nichts. Sollte das eintreten, was Sie in den Koalitionsvertrag in Berlin geschrieben haben, nämlich dass Sie das Referenzertragsmodell

für die Windkraft überprüfen und eventuell abschaffen wollen, dann würde das bedeuten, dass sich die bayerischen Windräder mit den Windrädern in der Nordsee messen müssten. Dann könnte in Bayern kein einziges Windrad mehr in Betrieb gehen. Das würde Strompreiszonen massiv Vorschub leisten. Überlegen Sie also bitte zweimal, was Sie im Bund mit solchen Entscheidungen kaputt machen würden. Packen Sie in Bayern endlich an. Das wäre wichtiger, als heute solche inhaltsleeren Dringlichkeitsanträge zu stellen.

Wir werden uns zu dem Dringlichkeitsantrag der CSU und der FREIEN WÄHLER der Stimme enthalten, ebenso zum Dringlichkeitsantrag der SPD, weil uns hier das Wort "Deindustrialisierung" deutlich zu weit geht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Mir liegen zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung vor. Die erste kommt von Herrn Kollegen Mannes von der AfD-Fraktion.

Gerd Mannes (AfD): Herr Stümpfig, Sie haben sehr gut ausgeführt, was Sie vorhaben und machen wollen. Sie wollen sich komplett vom Wetter abhängig machen. Sie haben recht, die Windenergie ist über das Jahr gesehen stabiler als die Solarenergie. Sie fordern jetzt Speicher, die es vorher gar nicht gab. Ich frage Sie: Warum sind Sie aus der grundlastfähigen Kernenergie ausgestiegen, obwohl sie damals keinen Strom speichern konnten? Sie müssen einmal eingestehen, dass das ein Fehler war.

Zum Referenzertragsmodell. Wenn in Bayern ein Windrad aufgestellt wird, bekommt der Betreiber pro Kilowattstunde mehr Geld als der Betreiber eines Windrades im Norden. Das ist doch ein grundsätzliches Problem. Sie müssen doch einmal einsehen, dass das nichts mit Volkswirtschaft zu tun hat. Vielmehr wird damit unsere Volkswirtschaft geschädigt.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist um.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Herr Mannes, diese Debatte führen wir im Wirtschaftsausschuss schon lange. Bei einem guten Mix von Sonne und Wind ist es relativ ausgeglichen.

Zum Thema Referenzertragsmodell: Hier gibt es auch noch andere Kosten. Wenn ich alle Windräder in Norddeutschland aufstelle und alle Photovoltaikanlagen im Süden, dann habe ich einen so hohen Netzausbau, dass das massiv teuer ist. Eine gleichmäßige Verteilung fördert nicht nur die Netzstabilität, sondern ist auch volkswirtschaftlich sinnvoll.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Zur zweiten Zwischenbemerkung erteile ich dem Kollegen Michael Hofmann von der CSU-Fraktion das Wort.

Michael Hofmann (CSU): Herr Kollege Stümpfig, der Freistaat Bayern hat über Jahrzehnte mit seinen Kernkraftwerken dazu beigetragen, dass die gesamte Bundesrepublik Deutschland mit CO₂-freiem Strom versorgt worden ist. Zu keiner Zeit haben wir in irgendeiner Form gegenüber Bundesländern, die sich in dem Zusammenhang dieser Verantwortung entzogen haben, gefordert, dass es Strompreiszonen geben soll. Wir sind also unserer Verantwortung gerecht geworden. Das ist Punkt eins.

Zweitens. Sie gehören der Fraktion an, die sich als einzige in ihrem Dringlichkeitsantrag nicht gegen Strompreiszonen ausspricht. Das zeigt ganz eindeutig: Ihr Herz schlägt nicht für Bayern. Es ist Ihnen vollkommen egal.

(Beifall bei der CSU – Gülseren Demirel (GRÜNE): Oh nein!)

Drittens. Sie haben gesagt, der Freistaat Bayern hätte verhindert, dass wir jetzt Übertragungsnetze und Leitungen hätten, die wir bräuchten. Sagen Sie mir bitte, an welchem Grenzteil Bayerns die Leitungen bereits stehen und wir nur in Bayern nicht in der Lage sind, diese Leitungen weiterzubauen.

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Köhler (GRÜNE))

Ich wüsste keinen Teil des Freistaats Bayern, wo die Leitungen bis zu den Grenzen schon gebaut worden wären. Erklären Sie das bitte kurz.

(Beifall bei der CSU)

Martin Stümpfig (GRÜNE): Herr Hofmann, im Jahr 2011 haben Sie, als Sie an der Regierung beteiligt waren, entschieden, dass die Atomkraftwerke abgeschaltet werden. Das war im Jahr 2011. Sie haben aber in den Folgejahren nichts dafür unternommen, angesichts des bevorstehenden Ausstiegs aus der Kernkraft im Jahr 2022 die Kapazitäten zu erhöhen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Immer die gleiche Leier!)

– Lassen Sie mich doch ausreden.

(Zurufe der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU) und Michael Hofmann (CSU))

– Wollen Sie eine Antwort, oder wollen Sie keine? Wenn Sie den Ausstieg im Jahr 2022 wollen, müssen Sie vorbeugen und sagen: Wir haben die Stromleitungen und die Windkrafträder. Sie haben aber nichts dafür getan. Das war der eine Punkt.

(Michael Hofmann (CSU): Das stimmt nicht!)

Wenn Sie unseren nachgezogenen Dringlichkeitsantrag noch einmal durchlesen, dann sehen Sie: Wir wollen Vorbeugemaßnahmen, damit die Strompreiszonen nicht kommen. Das ist unser Antrag.

(Michael Hofmann (CSU): Sie sprechen sich aber nicht gegen die Strompreiszonen aus!)

Die Vorbeugemaßnahmen bedeuten: Man kann nicht einfach sagen, das Problem ist im Jahr 2027 mit den zwei HGÜs, die in Ihrem Text drinstehen, erledigt. Es muss

mannigfaltiger und breiter sein. In meiner Rede habe ich Ihnen das mitgegeben. Ich hoffe, dass Sie sich darüber in den Pfingstferien einmal Gedanken machen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Michael Hofmann (CSU): Wir haben Sie ertappt! –
Tanja Schorer-Dremel (CSU): Eine ewiggestrige Rede!)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Als nächstem Redner erteile ich dem Kollegen Josef Lausch für die Fraktion der FREIEN WÄHLER das Wort.

Josef Lausch (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebes Publikum, liebe Bürgerinnen und Bürger! Ich werde mich bemühen, diese Diskussion wieder zu versachlichen. Es geht um eine sachliche Behandlung, wie ich sie in ähnlicher Weise am Montag bei der Kabinettsklausur in St. Quirin am Tegernsee mit der neuen Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche erleben durfte. Dort wurde genau dieses Thema auch schon diskutiert. Die Bundeswirtschaftsministerin und auch unser Ministerpräsident haben gesagt: Diese Strompreiszonen werden nicht kommen.

Worum geht es in diesem hoffentlich nicht mehr gar so dringlichen Dringlichkeitsantrag? – Am 28. April 2025 stellte der Verband Europäischer Übertragungsnetzbetreiber den Bericht zu den europäischen Stromgebotszonen vor. Der Vorschlag war, dass Deutschland in bis zu fünf Zonen aufgeteilt wird. Diesen Vorschlag lehnen die FREIEN WÄHLER, die CSU und die Bayerische Staatsregierung entschieden ab, da eine solche Aufteilung für unseren Freistaat nur Nachteile bedeuten könnte.

Wenig Nutzen und viele Kosten entstehen aus den Vorgaben der EU. Die erwarteten Entlastungen stehen in keinem Verhältnis zu den Kosten, zum Aufwand und zu dieser sehr erwartbaren neuen Bürokratie. Die Aufteilung in Strompreiszonen wäre also keine Entlastung für irgendjemanden.

Lieber Kollege Stümpfig, Windräder in Bayern haben nicht den hohen Ertrag wie solche an der Nord- oder Ostseeküste oder gar auf dem offenen Meer. Das ist Fakt.

Jeder möchte mit Windrädern verdienen. Im Voralpenland hat man eine andere Windhöffigkeit als in Mecklenburg-Vorpommern oder anderswo an der Küste.

Durch den aktuell stattfindenden Ausbau, wie im Antrag ausgeführt, ändern sich auch die Rahmenbedingungen im Stromsystem ohnehin. Der Antrag wird dann höchstwahrscheinlich unnötig sein. Bis dahin hat sich der Rahmen völlig verändert. Das einzige Resultat der Neugestaltung wäre eine Benachteiligung Bayerns und Baden-Württembergs in der Wirtschaft. Die wirtschaftlich erfolgreichen Länder mit hohem Energiebedarf würden bestraft. Wenn die Industrie aus Bayern und Baden-Württemberg fortgeht, dann geht sie nicht nach Mecklenburg-Vorpommern oder Niedersachsen, sondern gleich nach Osteuropa, in die USA oder nach China.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Bayern leistet, auch wenn andere Parteien das immer bestreiten, viel für den Ausbau der erneuerbaren Energien und hat durch seinen wirtschaftlichen Erfolg auch einen höheren Energiebedarf. Wirtschaftlichkeit – ich sage das auch in Richtung der AfD – ist bei Kernkraft nicht mehr gegeben. Das war in den 1960er- und 1970er-Jahren anders. Blicken Sie nach Frankreich und England. Es gibt Defizite bei Baukosten und Baukostensteigerungen in unwahrscheinlichem Ausmaß.

Gott sei Dank steht im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung, dass Strompreiszonen nicht kommen werden. Vermutlich wird ab dem Jahr 2027 eine neue Rechtsgrundlage auf EU-Ebene die Sachlage ganz anders darstellen. Ich bitte um Ihre Zustimmung zum Dringlichkeitsantrag der CSU und der FREIEN WÄHLER, weil er nötig und sinnvoll ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Die Staatsregierung hat um Erteilung des Wortes gebeten. Ich erteile dem Staatssekretär Tobias Gotthardt für die Staatsregierung das Wort.

Staatssekretär Tobias Gotthardt (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Endlich darf ich mal zu einem Thema reden, für das ich zuständig bin. Ich wollte nur ganz kurz den Kolleginnen und Kollegen der CSU und den FREIEN WÄHLERN danken.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Ich kann auch zu anderen Themen reden. Keine Sorge, Herr von Brunn.

(Zurufe der Abgeordneten Florian von Brunn (SPD), Martin Stümpfig (GRÜNE) und Gülseren Demirel (GRÜNE))

Jetzt lassen Sie mich bitte reden, weil ich zum Thema sprechen muss und nicht nur mit Ihnen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich danke den Kolleginnen und Kollegen von CSU und FREIEN WÄHLERN für diesen Dringlichkeitsantrag, der einen Kurs verfolgt, den die Staatsregierung und insbesondere das Wirtschaftsministerium seit längerer Zeit verfolgen. Schon lange standen Gerüchte im Raum, dass entsprechend der Elektrizitätsbinnenmarktverordnung der EU ENTSO-E als zuständiger Verband einen Plan zur Aufteilung Deutschlands in Strompreiszonen vorlegen könnte, eine Aufteilung der bisherigen gemeinsamen Zone mit Luxemburg in bis zu fünf Zonen – nicht vier, Herr Kollege von Brunn, sondern fünf Zonen. Das Ganze hat sich Ende April bewahrheitet. Wir haben das Ganze schon lange vorher an die neue Bundesregierung adressiert, die dafür zuständig ist. Wir haben uns an das Wirtschaftsministerium des Bundes und den damaligen Wirtschaftsminister Robert Habeck gewandt, dass wir doch bitte einhaken, weil ENTSO-E das Ganze auf Basis von Daten tut bzw. vorhat, es zu tun, die aus dem Jahr 2019 stammen. Diese alten Daten bieten keine Grundlage, mit der wir arbeiten können oder arbeiten wollen. Wir wollen aktuelle Daten haben, weil wir in den letzten Jahren einiges an Leitungen und in der Produktion zugebaut haben.

Wir hätten gerne noch mal mehr zugebaut. Dazu muss ich den Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN und der SPD sagen: Wir hätten gerne im Bereich der Residuallast mehr zugebaut, die man braucht, um sie verrechnen zu können. Das heißt, wir hätten gerne mehr Gaskraftwerke zugebaut. Das zunächst einmal. Das war mit der alten Bundesregierung aber nicht möglich. Mit der neuen Bundesregierung – ich bin der neuen Wirtschaftsministerin Katherina Reiche sehr dankbar – ist es nun möglich. Sie hat klar gesagt: Wir wollen die 20 Gigawatt Gaskraftwerke mit einem großen Schwerpunkt im Süden Deutschlands sehr schnell zubauen. Das würde uns helfen zu argumentieren.

Wir stehen mit der Bundesregierung und der Europäischen Kommission in engem Austausch. Wir stehen auch im Austausch mit ENTSO-E in Brüssel. Wir führen die Debatte sachlich. Ich bin guter Dinge, dass wir – nachdem wir inzwischen auch Antworten auf unsere Briefe bekommen, die wir seit drei Jahren schon nach Berlin schreiben – die Bundesregierung im Rücken haben, wenn wir sagen, dass wir keine Aufteilung Deutschlands in Strompreiszonen wollen, sondern weiterhin eine einheitliche Zone haben wollen. Alles andere ginge zulasten der bayerischen Wirtschaft. Jede Wohlstandsrechnung, die man macht, wird mit 300 Millionen Euro schnell zur Milchmädchenrechnung. Dann hätten wir weniger Geld in unseren Kassen. Dann wäre es mit Wohlstandsvorteilen schnell vorbei.

Deswegen ergeht das klare Signal der Bayerischen Staatsregierung: Wir werden weiterhin alles dafür tun, dass die Bundesregierung basierend auf dem, was wir in den letzten Jahren getan haben, dafür eintritt, dass Deutschland eine einzige Strompreiszone bleibt und die bayerische Wirtschaft keine Nachteile hat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dafür werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER auf Drucksache 19/6924 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen.

– Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER, der CSU und der AfD. Gegenstimmen bitte anzeigen! – Keine. Stimmenthaltungen! – Bei der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 19/6928 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die SPD-Fraktion. Gegenstimmen bitte anzeigen! – Die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der CSU und der AfD. Stimmenthaltungen! – Bei der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 19/6991 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen bitte anzeigen! – Die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Liegen nicht vor. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 19/6994 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen bitte anzeigen! – Die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der CSU und der AfD. Stimmenthaltungen? – Liegen nicht vor. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag auch abgelehnt.